

solange wie bisher auch in bestehenden Unterkünften und Hostels unterzubringen, hat der Senat abgelehnt. Sozialsenator Mario Czaja (CDU) begründet seine Ablehnung damit, dass Hostels mit 40 Mio. Euro im Jahr zu teuer seien. Die Container, die mindestens zehn Jahre halten sollen, kosten jedoch nicht nur die Anschaffung, sondern auch Betriebskosten und Kosten der Betreiberfirmen. Alleine die Tagessätze für eine Unterbringung betragen zwischen elf und 20 Euro pro Person. Selbst bei der Berechnung mit dem niedrigsten Tagessatz wären dies, bei 2400 Plätzen in Containern, noch einmal rund 9,5 Mio. Euro pro Jahr plus Betriebskosten. Zwar betont Czaja immer wieder, dass der Ausbau landeseigener Immobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen Vorrang habe, aber da dies sechs bis zwölf Monate dauere, sei dies jetzt keine Lösung.

Die Frage, warum er in den letzten zwei Jahren nichts unternommen hat, um neue Unterkünfte für die Unterbringung von Flüchtlingen und anderer Bedürftiger zu schaffen, hat er nicht beantwortet.

Das Schweigen Czajas und der Kauf der Container durch das Land deuten darauf hin, dass der Bau von Container-Dörfern nicht nur für eine Übergangszeit ausgelegt ist. Denn die Anschaffungskosten zahlen sich im Vergleich zur Unterbringung in Hostels und anderen Unterkünften nur dann aus, wenn die Container auch über den gesamten Zeitraum von zehn Jahren genutzt werden.



Was fordert DIE LINKE?

Eine solche Kasernierung, die zu Ausgrenzung und Stigmatisierung führen wird, lehnt DIE LINKE ab. Deshalb fordern wir, dass landeseigene Immobilien und leer stehende Immobilien des Bundes so schnell wie möglich für den Bau von vernünftigen Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge und für bezahlbaren Wohnraum für alle genutzt werden.

Die Mittel, die für die Containersiedlungen geplant sind, sollen dafür eingesetzt werden. Wir wollen nachhaltige Lösungen, um die Flüchtlinge zu willkommenen Mitgliedern dieser Gesellschaft machen. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für alle - generationsübergreifend und interkulturell. Das alles wird kein Selbstläufer sein.

Deshalb fordern wir den Senat auf:

- umgehend eine ausreichende Anzahl von Unterbringungsplätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende zu schaffen. Dabei sind Mindeststandards einzuhalten und zu kontrollieren;

- vom Bund zu verlangen, dass er seine leer gezogenen Immobilien entgeltfrei zur Verfügung stellt statt dass er sie zu Höchstpreisen verkauft
- schnellstmöglich ausreichend Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Die Vereinbarung mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften muss endlich durchgesetzt werden. Der Senat muss sich darum kümmern, auch genossenschaftliche und gemeinnützige Vermieter*innen für eine solche Vereinbarung zu gewinnen;
- mit den Bezirken gemeinsam sicherzustellen, dass ausreichend Plätze für die Beschulung und die Betreuung von Kindern zur Verfügung stehen;
- mit den Bezirken sicherzustellen, dass die Gesundheitsversorgung für die Flüchtlinge gewährleistet ist;
- die Bezirke in die Erarbeitung eines Konzepts zur menschenwürdigen Unterbringungen von Flüchtlingen einzubeziehen die notwendigen personellen und finanziellen Mittel ihnen dafür zur Verfügung zu stellen;
- gemeinsam mit den Bezirken, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Nachbarschaften und den Flüchtlingen eine Willkommenskultur zu entwickeln, die schnelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht;
- mit den Kammern, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften Maßnahmen zu vereinbaren, um arbeitsberechtigten Flüchtlingen schnell den Weg in Erwerbsarbeit und Ausbildung zu öffnen.



DIE LINKE. Landesverband Berlin

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030/24009289, Fax: 030/24009260

E-Mail: info@die-linke-berlin.de

www.die-linke-berlin.de

Du willst mit uns gemeinsam aktiv werden?

www.die-linke.de/partei/eintreten/



Weltweit sind derzeit mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht vor Armut, Krieg und Verfolgung - mehr als je zuvor seit 1945. Einige finden den Weg nach Deutschland und nach Berlin. Die meisten Flüchtlinge hier kommen aus den kriegsgeschüttelten Ländern Syrien, Eritrea und Afghanistan. Die Entwicklung der kriegerischen Konflikte in der Welt lassen befürchten, dass viele weitere Menschen gezwungen werden zu fliehen.

Bundesweit sind die Kommunen nicht ausreichend vorbereitet, hat die Bundesregierung nichts unternommen, um die Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen und ihre finanzielle Situation zu verbessern. In Berlin redet sich der rot-schwarze Senat seit Amtsantritt aus der Verantwortung, um jetzt im Hau-Ruck-Verfahren ohne Einbindung der Bezirke und der Bürgerinnen und Bürger isolierte Container-Dörfer zu bauen.

In Berlin erleben wir eine breite Debatte über Flüchtlingspolitik, Fluchtursachen und Möglichkeiten wie Flüchtlinge hier leben können. Das ist gut so. Gleichzeitig nutzen Neonazis und Rassisten die wachsende Not von Flüchtlingen und weiteren von Verdrängung und gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffenen Berlinerinnen und Berlinern für menschenfeindliche Propaganda.

Wir haben einige Fragen und mögliche Antworten zur Flüchtlingspolitik in Berlin zusammengestellt. Ausgehend von den wirklichen Zahlen versuchen wir darzulegen, dass es Alternativen zur hilflosen und letztlich Ressentiments und Rassismus schürenden Politik des Senats gibt.

Wie viele Flüchtlinge sind jetzt in Berlin?

Derzeit leben etwa 12.700 Flüchtlinge in der Stadt (Angaben der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Stand 14.10. 2014). Die Senatsverwaltung geht von etwa 1.250 Flüchtlingen aus, die in der nächsten Zeit pro Monat in Berlin um Aufnahme bitten werden. Das ist gemessen an der Berliner Gesamtbevölkerung von 3,5 Millionen Menschen eine Größe, die zu bewältigen sein muss.

Was bekommen Flüchtlinge an Geld?

Die Leistungen für Flüchtlinge sind seit 1993 im Asylbewerberleistungsgesetz festgelegt. Danach erhalten Haushaltsvorstände derzeit 362 Euro im Monat und die Kosten für Miete und Heizung, wenn sie in Wohnungen leben, Familienangehörige je nach Alter abgestuft weniger. Wenn die Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, erhalten sie 140 Euro im Monat als Bargeld, den Rest als Sachleistungen. Das ist weniger als Hartz IV, das schon kaum zum Überleben reicht. Überdies bekommen Flüchtlinge nur in akuten Notfällen medizinische Versorgung.

Warum ist die Unterbringungssituation für Flüchtlinge in Berlin so problematisch?

Das Problem sind nicht die Flüchtlinge sondern der Senat. Die Flüchtlingszahlen steigen seit 2010. Der Senat hatte Zeit genug, Vorsorge zu treffen und Wohnungen sowie Liegenschaften für die nach dem Asylverfahrensgesetz vorgeschriebenen Erstaufnahmeeinrichtungen zu beschaffen. Das ist nicht geschehen.

Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünfte sind überfüllt. Es fehlt insgesamt an bezahlbarem Wohnraum in dieser Stadt, davon sind auch Flüchtlinge betroffen. Finden sie keine Wohnungen, dann müssen sie in den Gemeinschaftsunterkünften bleiben. Für neuankommende Flüchtlinge fehlt es damit an Plätzen. Trauriger Höhepunkt war der Sommer 2014, als neu ankommende Flüchtlinge, auch Familien mit Kindern, sogar auf der Straße übernachten mussten.

Es fehlt eine gesamtstädtische Strategie für die Unterbringung von Flüchtlingen und eine Lösung, wie Menschen ohne Wohnung ein Dach über den Kopf bekommen.

Welche Rolle spielen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften?

Es gibt seit langem eine Vereinbarung des Senats mit den städtischen Wohnungsunternehmen, der vorsieht, dass sie in einem „geschützten Marktsegment“ Wohnungen für Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen vorhalten. Diese und die noch von der ehemaligen Sozialsenatorin Carola Bluhm (Linke) 2011 ausgehandelte Vereinbarung „Wohnungen für Flüchtlinge“ werden unzureichend umgesetzt. Hier haben sich die landeseigenen Wohnungsunternehmen verpflichtet, jährlich 275 Wohnungen für Flüchtlinge bereitzustellen. Es fehlt es den städtischen Wohnungsgesellschaften aber an ausreichender Unterstützung, damit sie ihrer Pflicht nachkommen können.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit von Senat und Bezirken? Wie werden die Bürgerinnen und Bürger einbezogen?

Bei der Errichtung von Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge bezieht der Senat die Bezirke nicht ausreichend ein, oftmals informiert er sie nicht einmal rechtzeitig. Den Bezirken fehlt es außerdem an Geld und Personal für die Betreuung und Beschulung der Kinder sowie die gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge. Flüchtlingskinder können dadurch immer seltener in reguläre Schulen gehen.

Die mangelnde Informationspolitik des Senats gegenüber den Bezirken führt auch dazu, dass diese kaum eine Chance haben, vor der Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit der Nachbarschaft und lokalen Willkommensstrukturen zu sprechen. Die Auseinandersetzungen mit Nazis und rassistischen BürgerInnen im vergangenen Jahr z.B. in Hellersdorf oder in Neukölln haben deutlich gemacht, wie wichtig die frühzeitige Information der Nachbarschaft und die Einbindung von Willkommensbündnissen sind.

Was unterscheidet die Flüchtlingspolitik des Senats von der Flüchtlingspolitik, die die rot-rote Koalition bis 2011 gemacht hat?

Die Flüchtlingspolitik von Rot-rot hat auf gesellschaftliche Integration und Teilhabe gesetzt. Wir haben es durchgesetzt, dass Asylsuchende nach den drei Monaten, die sie in einer Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben müssen, in Wohnungen ziehen konnten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Sachleistungsprinzip abgeschafft wurde und AsylbewerberInnen Bargeld bekamen.

Wir haben darauf gedrungen, dass alle Flüchtlingskinder in die Schule gehen konnten und Flüchtlinge Arbeit und die Möglichkeit, eigenes Geld zu verdienen, bekommen. Und wir haben intensiv daran gearbeitet, dass auch schwer traumatisierte und illegalisierte Menschen

einen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung bekommen. Dies wurde mit dem SPD/CDU-Senat grundlegend geändert, Ausgrenzung und Stigmatisierung stehen im Mittelpunkt. Dieser Weg wird mit der jetzt vom Senat beschlossenen Einführung von Containerdörfern nur fortgeführt.

Containerdörfer - was plant der Senat?

Der Senat plant sechs Containersiedlungen in fünf Bezirken für die Unterbringung von 2200 Flüchtlingen und 200 wohnungslosen Menschen. Im September informierte Senator Mario Czaja (CDU über sein Vorhaben, Container statt Wohnungen bereit zu stellen. Schon damals sagte er, „die Ertüchtigung bestehender Immobilien benötige eine Vorlaufzeit von sechs bis acht Monaten und sei daher nicht der richtige Weg“ (Protokoll Ausschuss f. Gesundheit und Soziales v. 8.9.2014).

Am 22.9.2014 hat er im Abgeordnetenhaus über die Planung der Containersiedlungen berichtet. Damals war noch die Rede von insgesamt 2000 Plätzen und zweigeschossigen Containern, in der Zwischenzeit wurde die Platzzahl auf 2400 erhöht. Jede Siedlung soll bis zu 480 Plätze umfassen.

Als Zimmergrößen sind vorgesehen: zwei Erwachsene 16 qm, für vier Erwachsene bzw. zwei Erwachsene und zwei Kinder 32 qm. Darüber hinaus sind Gemeinschaftsküchen, Gemeinschaftstouilletten, Gemeinschaftsduschen, Aufenthalts-/ Unterrichtsräume, etc. angekündigt. Es handelt sich also nicht um Wohnungen.

Über die Standorte und die Belegungszahlen wurden die Bezirke, die Abgeordneten und die Presse gleichzeitig informiert, ohne dass jemand eine Chance hatte, auf die Standortauswahl Einfluss zu nehmen oder Alternativen zu finden. Inwieweit sich vor Ort notwendige Infrastrukturen befinden, ist ebenso unklar wie die Beschulung und Betreuung der Kinder. Anwohnerinnen und Anwohner wurden gar nicht informiert.

Die geplanten Container-Siedlungen liegen fast alle am Stadtrand und sind nicht in vorhandene zivilgesellschaftliche Strukturen eingebunden. Rassistische Angriffe und Bedrohungen der Flüchtlinge sind damit vorprogrammiert. Die LINKE Berlin lehnt die geplanten Containersiedlungen ab, mit ihnen wird der Weg der Ausgrenzung und Stigmatisierung festgeschrieben

Container-Dörfer - was kosten sie?

Der Kauf der Container erfolgt über Landesmittel und soll knapp 43 Mio. Euro kosten. Unser Vorschlag, diese Mittel für den Ausbau landeseigener Immobilien einzusetzen und die Flüchtlinge